

# Workshopantrag

an das 96. Landeschüler\*innenparlament der berufsbildenden Schulen

**Initiator\*innen:** Sophie Scholz, Mai-Leni Mayer, Maximilian Kohlhund

**Titel:** **Bildung ist kein Zufall - Lehrkräfteausbildung reformieren, jetzt!**

---

## Antragstext

1 Das Landeschüler\*innenparlament fordert, dass die Landesregierung die  
2 Lehrkräfteausbildung wie folgt umstrukturiert:

3 1. Sicherung der Unterrichtsqualität:

4 Wir fordern regelmäßige Unterrichtsbesuche zur Überprüfung und Sicherung der  
5 Unterrichtsqualität. Diese Besuche sollen sowohl angekündigt als auch  
6 unangekündigt stattfinden, um ein möglichst realistisches Bild des  
7 Unterrichtsalltags zu erhalten. Dabei sollen insbesondere pädagogische Methoden,  
8 der Umgang mit Schüler\*innen sowie die Vermittlung von Unterrichtsinhalten  
9 berücksichtigt werden. Ziel ist die langfristige Sicherung eines strukturierten,  
10 respektvollen und zeitgemäßen Unterrichts. Diese Unterrichtsbesuche werden durch  
11 externe, durch BiMI gestellte, durchgeführt.

12 Zusätzlich dazu sollen mehr Meldestellen zur Verfügung gestellt werden um den  
13 Schüler\*innen die Möglichkeit zu geben, sich bei Problemen während des  
14 Unterrichts auch an Außenstehende zu wenden, falls ihr Anliegen in der Schule  
15 nicht angenommen wird.

16 2. Überprüfung des genutzten Lehrmaterials:

17 Lehrmaterialien sollen mindestens einmal pro Halbjahr überprüft werden. Dabei  
18 soll sichergestellt werden, dass die verwendeten Quellen vertrauenswürdig,  
19 datenschutzkonform und inhaltlich korrekt sind. Außerdem muss geprüft werden, ob  
20 die Materialien altersgerecht, aktuell und frei von extremistischen,  
21 diskriminierenden oder anderweitig problematischen Inhalten sind, dienen diese  
22 Texte allerdings der Aufklärung und haben somit inhaltliche Relevanz für das  
23 weitere Unterrichtsgeschehen, so sind diese als Ausnahmen anzusehen. Schulen  
24 sollen dadurch stärker in die Verantwortung genommen werden, qualitativ  
25 hochwertige und demokratische Bildungsinhalte zu gewährleisten.

### 26 3. Schulung im Umgang mit der mentalen Gesundheit der Schüler\*innen:

27 Wir fordern eine stärkere Sensibilisierung von Lehrkräften für die mentale  
28 Gesundheit von Schüler\*innen. Dazu sollen regelmäßige Schulungen und  
29 Fortbildungen verpflichtend eingeführt werden. Zusätzlich sollen anonyme  
30 digitale Umfragen durchgeführt werden, um Belastungen, schulischen Druck und das  
31 allgemeine Wohlbefinden der Schüler\*innen frühzeitig erkennen und verbessern zu  
32 können. Diese Umfragen sollen in kleinem Rahmen (bezogen auf Fächer, Klausuren  
33 und Prüfungen) alle drei Monate und in größerem Rahmen (bezogen auf alle den  
34 Schulalltag beeinflussenden Faktoren) alle 6 Monate durchgeführt werden. Auf  
35 Grundlage dieser Umfragen sollen die Lehrkräfte geschult werden.

### 36 4. Überarbeitung der Abiturlektüren:

37 Die bestehenden Abiturlektüren sollen hinsichtlich ihrer Inhalte kritisch  
38 überprüft und modernisiert werden. Dabei soll stärker darauf geachtet werden,  
39 dass die behandelten Themen gesellschaftlich relevant, diskriminierungssensibel  
40 und für Schüler\*innen nachvollziehbar sowie zeitgemäß sind. Ziel ist ein  
41 Literaturkanon, der unterschiedliche Perspektiven berücksichtigt und die  
42 Lebensrealität junger Menschen besser widerspiegelt.

### 43 5. Verpflichtende Lehrkräftefortbildungen:

44 Wir fordern verpflichtende Fortbildungen für Lehrkräfte innerhalb der regulären  
45 Arbeitszeit. Diese Fortbildungen sollen sich an aktuellen pädagogischen,  
46 gesellschaftlichen und technischen Standards orientieren. Besonders wichtig sind  
47 regelmäßige Schulungen zu den Themen Digitalisierung, Künstliche Intelligenz  
48 sowie der Umgang mit Neurodivergenzen und anderen Beeinträchtigungen.  
49 Entsprechende Fortbildungen sollen mindestens einmal pro Schuljahr  
50 beziehungsweise halbjährlich stattfinden.

### 51 6. Überarbeitung des Beamtenstatus:

52 Wir fordern eine Überprüfung des Beamtenstatus von Lehrkräften. Ziel ist es, bei  
53 schwerwiegenden Verstößen gegen die demokratische Grundordnung oder gegen das  
54 Neutralitätsgebot, beispielsweise bei rassistischen, sexistischen,  
55 faschistischen oder extremistischen Äußerungen und Handlungen, schneller  
56 Suspendierungen oder Entlassungen ermöglichen zu können. Dabei sollen  
57 rechtsstaatliche Prinzipien und die politische Neutralität des Unterrichts  
58 gewahrt bleiben.